

Schröder, Hans-Henning

Research Report

Die Neuordnung der politischen Führung in Russland

SWP-Aktuell, No. 42/2008

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Schröder, Hans-Henning (2008) : Die Neuordnung der politischen Führung in Russland, SWP-Aktuell, No. 42/2008, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254760>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Neuordnung der politischen Führung in Russland

Hans-Henning Schröder

Am 7. Mai 2008 wurde Dmitrij Anatoljewitsch Medwedew, der dritte Präsident der Russländischen Föderation, feierlich in sein Amt eingeführt. Am folgenden Tag wählte die Duma seinen Amtsvorgänger Wladimir Putin zum Ministerpräsidenten. Damit vollzog die russische Führung die Rochade in den politischen Führungsämtern, die sechs Monate zuvor konzipiert worden war. Es war gewiss kein demokratischer Machtwechsel, aber doch eine wohlgeordnete Amtsübergabe. Zudem kann sich die neue Führungsspitze mit Putin und Medwedew auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung stützen, wie die Ergebnisse der Duma- und Präsidentenwahlen, aber auch die positiven Umfragewerte zeigen. Die russische Führung ist damit – ungeachtet demokratischer Defizite – gewissermaßen plebiszitär legitimiert.

Die feierliche Amtsübergabe in der traditionellen Feiertagswoche zwischen dem »Mai-Feiertag« und dem »Tag des Sieges« schloss einen langwierigen politischen Prozess ab, in dem ein Modell für die Putin-Nachfolge entwickelt, mit den Eliten abgestimmt und der Öffentlichkeit vermittelt worden war. Die Frage, wer nach Putin das Präsidentenamt übernehmen sollte, hatte dessen ganze zweite Amtszeit überschattet. Auch aus diesem Grund war nach der Wiederwahl Putins 2004 keine substantielle Reformpolitik mehr betrieben worden, obgleich zahlreiche Probleme – im Gesundheitswesen, bei der sozialen Sicherung, im Bereich der Rechtsprechung, im Wohnungsbau, im Bildungswesen, in den Streitkräften, im Infrastrukturbereich – in der ersten Amtszeit nicht gelöst worden waren.

Die politische Klasse beschäftigte sich in dieser Phase vor allem mit der Nachfolgefrage. Viele Gruppen und dem Vernehmen nach insbesondere die *siloviki* (die Vertreter der »Machtapparate«, das heißt des Militärs, der Geheimdienste und der Sicherheitskräfte) setzten auf eine dritte Amtszeit des Präsidenten. Dafür wäre allerdings eine Verfassungsänderung notwendig gewesen, die Putin selbst entschieden ablehnte. Parallel dazu wurden in den Medien eine ganze Reihe möglicher Kandidaten gehandelt. Am häufigsten genannt wurden der damalige Verteidigungsminister Sergej Iwanow und der Chef der Präsidialverwaltung und spätere Erste Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Medwedew. Große Teile der Eliten und der Öffentlichkeit traten aber trotz dessen mehrfach

bekräftigter Absage unverändert für eine dritte Amtszeit Putins ein.

Im Sommer 2007 gab es, soweit dies von außen erkennbar war, immer noch keine Klarheit über die Nachfolge. Nun gerieten Präsident und Regierung in Zeitnot. Die Dumawahlen im Dezember und die Präsidentschaftswahlen im März drängten. Spätestens nach der Sommerpause musste ein Kandidat präsentiert werden, der in den verbleibenden sechs Monaten systematisch zum Präsidenten aufgebaut werden konnte. Als Putin am 12. September einen neuen Ministerpräsidenten vorstellte, Viktor Subkow, einen hohen Beamten im Pensionsalter ohne politische Ambitionen, vermuteten viele Beobachter (darunter auch der Autor), dass dies der Interimsnachfolger sei, der nach einer angemessenen Frist seinen Platz wieder für Putin räumen werde. Dies erwies sich indes bald als Irrtum, die Situation war noch keineswegs geklärt.

Im Treibhaus Moskau kursierten währenddessen Gerüchte mit immer neuen Varianten für die Nachfolgeregelung. Die allgemeine Nervosität war mit Händen zu greifen. Am 1. Oktober trat Putin immerhin etwas aus der Deckung, als er sich bereit erklärte, auf der Liste der Partei »Einiges Russland« für die Duma zu kandidieren, und darüber hinaus andeutete, er könne sich vorstellen, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Damit machte Putin klar, dass er auch nach dem Ende seiner Amtszeit eine politische Rolle zu spielen beabsichtigte. Er nannte jedoch immer noch keinen Namen.

Kandidatenkür und Schattenspiele

In dieser schwer durchschaubaren Situation berichteten die russischen Medien von einigen Vorgängen, in denen Beobachter Manöver einzelner Elitengruppen zu erkennen glaubten. Am 2. Oktober wurden am Flughafen Domodedowo hochgestellte Mitarbeiter des Föderalen Dienstes für Drogenkontrolle festgenommen. Dessen Leiter, Viktor Tscherkessow, reagierte darauf mit einem Artikel in der Zeitung

Kommersant, in dem er vor einem Konflikt zwischen den Geheimdiensten warnte. Mitte November wurde der Stellvertretende Finanzminister Sergej Stortschak unter dem Vorwurf verhaftet, im Zusammenhang mit der Rückzahlung sowjetischer Schulden sein Amt missbraucht zu haben. Finanzminister Alexej Kudrin, ein Vertreter wirtschaftsliberaler Politik, stärkte seinem Stellvertreter jedoch den Rücken. Ende November veröffentlichte der *Kommersant* dann ein Interview mit Oleg Schwarzman, dem Vorstandsmitglied der Gesellschaft »Finansgroup«, in der dieser in vergleichsweise offener und für die Betroffenen kompromittierender Form über die geschäftlichen und wirtschaftspolitischen Pläne der Gruppe um Igor Setschin sprach, der als Führer der *siloviki* galt. Diese »Schattenspiele« wurden als Ausdruck interner Machtkämpfe und die Verhaftungen als »Geiselnahmen« gedeutet, mit der bestimmte Gruppierungen jeweils andere unter Druck zu setzen versuchten. Wer hier agierte und welche Interessen die Akteure im Einzelnen verfolgten, blieb jedoch im Dunkeln.

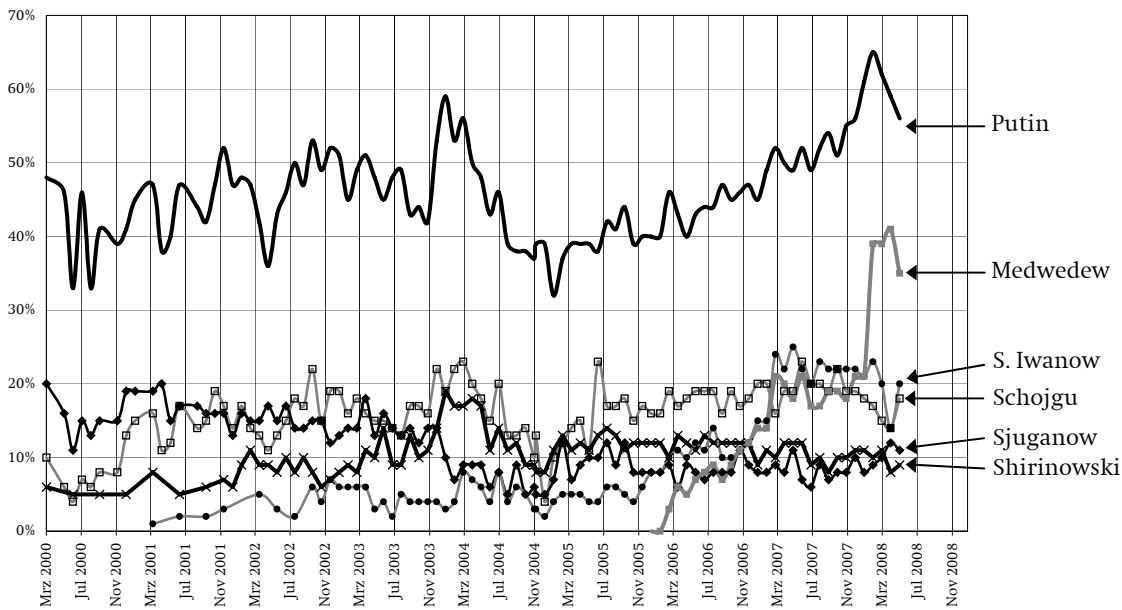
Am 2. Dezember entschied die Partei »Einiges Russland« die Parlamentswahlen erwartungsgemäß für sich und erreichte in der Duma eine Zweidrittelmehrheit. Zwei Wochen darauf, am 17. Dezember, nominierte »Einiges Russland« auf einem Parteitag Dmitrij Medwedew zu ihrem Präsidentschaftsanwärter. Putin versicherte den Kandidaten nicht nur seiner Unterstützung, sondern erklärte auch seine Bereitschaft, unter einem Präsidenten Medwedew das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Die politische Entscheidung war damit gefallen, das Modell, mit dem die Nachfolge stabilisiert werden sollte, stand fest. Der Wahlgang im März hatte nur noch legitimatorische Funktion.

Drei Dinge sind in Bezug auf den Machtwechsel festzuhalten:

- ▶ Die Nachfolge wurde in einem geschlossenen Verfahren entschieden. Der Präsident und sein engstes Umfeld wählten einen oder mehrere mögliche Kandidaten aus und stimmten sich mit den

Grafik 1

Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen? Popularitätswerte März 2000 bis April 2008



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums, <www.levada.ru>.

verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Führungselite ab. Nachdem die Entscheidung intern gefallen war, erhielt der Nachfolger in einem als Wahl verkleideten Plebiszit die politische Legitimation.

- Der eigentliche Auswahlprozess vollzog sich im engsten Kreis und war weder transparent noch demokratisch. In welchem Umfang Pressionen konkurrierender Apparate auf die Entscheidung einwirkten, ist unbekannt. Bis heute fehlt eine plausible Begründung, warum sich Putin und seine Umgebung ausgerechnet für Medwedew entschieden haben. Eine mögliche Erklärung könnte das Kalkül der Führungselite sein, dass Medwedew, der über keine eigene Hausmacht verfügt und auf Zusammenarbeit mit allen angewiesen ist, die Machtbalance der Putin-Ära nicht in Gefahr bringen wird. Auch für Putin geht von Medwedew, der sein »Geschöpf« ist, kein Risiko aus. Demnach wäre Medwedew ein Kandidat des machtpolitischen Status quo.
- Festhalten kann man auch, dass Putin in Sachen Amtsnachfolge zwar oft mit

verdeckten Karten gespielt hat, jedoch stets zu seinen öffentlichen Äußerungen gestanden hat. Von Anfang an hat er eine dritte Amtszeit und die dafür notwendige Verfassungsänderung abgelehnt. Wie im Oktober 2007 angekündigt, übernahm er das Amt des Ministerpräsidenten unter einem jüngeren und weniger erfahrenen Präsidenten. Beide Vorhersagen Putins stießen seinerzeit bei politischen Beobachtern auf Unglauben – zu Unrecht, wie wir heute wissen. Insofern haben wir guten Grund, Putins Aussagen in Zukunft für bare Münze zu nehmen.

Die Ausgestaltung der »Doppelspitze«

Die Kombination eines unerfahrenen Präsidenten ohne eigene Hausmacht mit dem starken Mann Russlands als Ministerpräsident ist ein Novum in der russischen Politik, die bisher stets auf eine Einmannleitung angelegt war. So ist auch die Verfassung von 1993 formuliert: Die politische Macht ist in der Hand des Präsidenten konzentriert. Er ernennt den Ministerpräsidenten-

ten und die Minister. Er hat die Leitung bei den Kabinettsitzungen, die Regierung ist ihm verantwortlich, nicht dem Parlament. Der Präsident hat das Recht, die Regierung als Ganzes oder einzelne Minister zu entlassen. Er ist verantwortlich für die Außenpolitik und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Die Regierung führt die Finanz-, Wirtschafts-, Sozial-, Rechts- und Bildungspolitik, sie gewährleistet die Verteidigungs-, Sicherheits- und Außenpolitik. Es ist jedoch der Präsident, der die Politik bestimmt, die Regierung ist bloßes Ausführungsorgan. Zwar kann der Präsident durch das Parlament aus seinem Amt entfernt werden, doch muss zunächst das Verfassungsgericht in einem regulären Verfahren feststellen, dass er Landesverrat oder ein ähnlich schweres Verbrechen begangen hat. Ist dies der Fall, müssen beide Häuser des Parlaments seiner Ablösung mit Zweidrittelmehrheit zustimmen. Eine Abberufung ist also nicht einfach.

Die Verfassung stellt eine wichtige Machtressource für den Präsidenten dar, doch er muss seine Stellung auch politisch abstützen. Putin ist es im Verlaufe seiner acht Amtsjahre gelungen, in der Exekutive eine stabile Hausmacht aufzubauen und die Interessen der verschiedenen Gruppierungen in eine Balance zu bringen. Gleichzeitig hat er sich – auch durch eine intelligente PR-Arbeit – als fähig erwiesen, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.

Damit verfügte Putin neben den verfassungsmäßigen Instrumenten auch über die Unterstützung der politischen Klasse und einen breiten Rückhalt in der Gesellschaft. Sein Nachfolger, Dmitrij Medwedew, muss sich beides erst erwerben – durch politische Erfolge und durch eine intensive Propagandaarbeit. Die Anlaufphase, die der neue Präsident hierfür benötigt, dürfte der Grund dafür sein, dass Putin als Regierungschef in der russischen Führung verblieben ist. Ohne die Verbindung mit Putin wäre es wohl kaum möglich gewesen, für Medwedew einen nennenswerten Anteil des Wahlvolks zu mobilisieren.

Putins Präsidentschaft

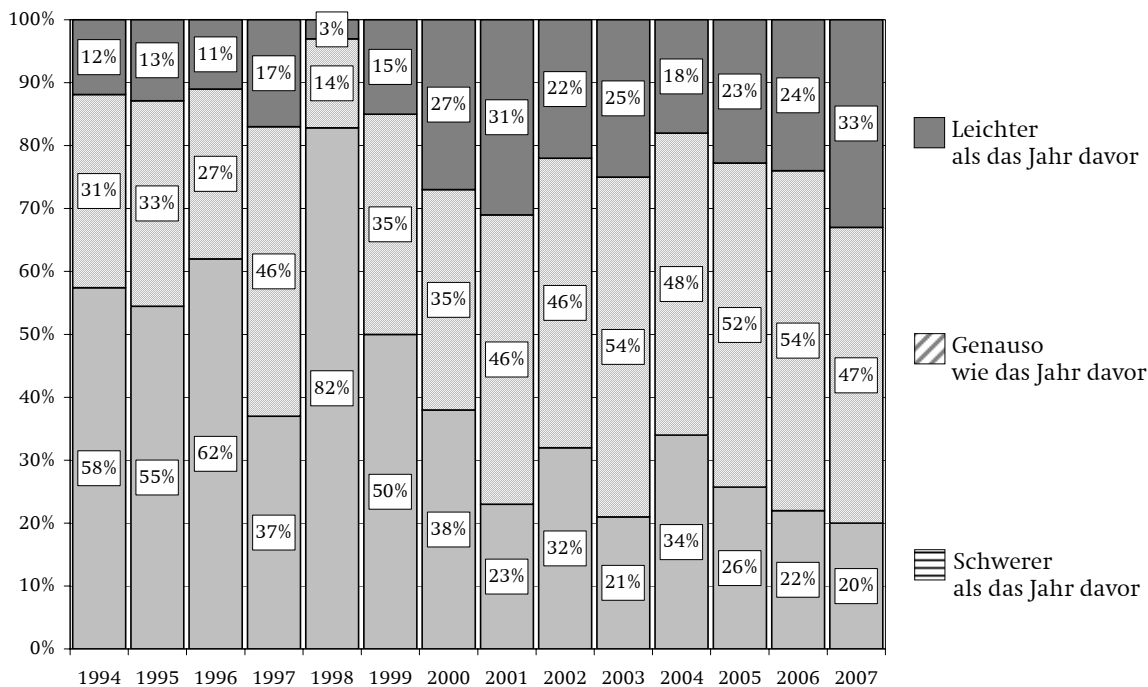
Die Repräsentativumfragen der Putin-Jahre zeigen, dass der russische Präsident in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz genoss – und noch genießt (siehe Grafik 1, S. 3). Diese plebiszitäre Zustimmung ist zweifellos ein wichtiger Aspekt der Machtstellung, die Putin auch heute noch innehat. Gespeist wird die positive Haltung zum Regime durch die fortschreitende Besserung der Lebensverhältnisse, die die russischen Bürger seit 1999 gespürt haben (siehe Grafik 2, S. 5). Das Wirtschaftswachstum und das Ansteigen der Reallöhne wird von ihnen mit dem Handeln des Staatsoberhaupts in Verbindung gebracht, eben mit Putin, der seit September 1999 eine führende Rolle in der Politik einnimmt. Die Identifikation der Bürger mit Putin ist ein stabilisierendes Element für das politische System. Das macht verständlich, warum die politische Klasse nach Möglichkeiten suchte, Putin auch nach dem Präsidentenwechsel im März 2008 in der Führungsspitze zu halten.

Bei aller Unterstützung für die Person Putin steht die Bevölkerung dem politischen System insgesamt sehr kritisch gegenüber. Die ungleiche Verteilung des Wohlstands, die Mängel des Gesundheitssystems und die Sicherheitsprobleme, seien sie real oder nur als solche empfunden, nähren ein tiefes Misstrauen gegen den Staat und die politische Klasse. Gewiss wird dieses Unbehagen gegenwärtig von dem Vertrauen zu Putin und der Besserung der Lebensverhältnisse überlagert, doch muss sich die Administration mittelfristig diesen Problemen stellen.

Das Fehlen wirklicher Meinungsfreiheit und politischer Partizipation ist kein Thema, das die Bevölkerung beunruhigt. Die Entwicklung in den Medien empfindet eine Mehrheit durchaus als positiv. Dass die Möglichkeiten zur politischen Beteiligung eingeschränkt sind, nehmen die Bürger wahr, ohne dass dies ihre Zustimmung für Putin beeinträchtigt.

Grafik 2

Wie das vergangene Jahr für Russland: schwerer als das vorhergehende, leichter oder genauso?



Quelle: Jährliche Umfragen des Levada-Zentrums, zuletzt erhoben im Dezember 2007, <www.levada.ru/tab13.html> (2.1.2008).

Die Politisierung des Premiers

Gewiss lässt die Kombination eines schwachen Präsidenten mit einem starken Ministerpräsidenten erahnen, dass sich in Zukunft Probleme ergeben könnten. Um diese zu minimieren, ist es vor allem erforderlich, dass es zwischen Präsident und Ministerpräsident eine klare Arbeitsteilung gibt. Diese ist im Prinzip von der Verfassung vorgegeben, wurde aber in den ersten Monaten des Jahres 2008 noch präzisiert. Unmittelbar nach dem Wahlsieg Medwedews setzte man eine Arbeitsgruppe ein, die Vorschläge für eine neue Struktur der Exekutive ausarbeiten sollte. An ihrer Spitze stand mit Igor Schuwalow ein enger Mitarbeiter Putins, der unter anderem Chefplaner für das G-8-Treffen in Petersburg im Juli 2006 gewesen war und nach dem 12. Mai Erster Stellvertretender Ministerpräsident wurde. Im April brachte der Verfassungsgesetzsausschuss der Duma ein

Gesetz ein, das die Kompetenzen des Ministerpräsidenten neu definierte. Darin wurden 500 der 3000 Aufgaben, die in die Verantwortung des Kabinetts fallen, auf niedrigere Instanzen übertragen und der Ministerpräsident so von technischen Aufgaben entlastet.

Gleichzeitig unterzeichnete Putin noch als Präsident einen Erlass, mit dem drei neue Positionen im Apparat des Ministerpräsidenten geschaffen wurden: der Posten eines Leiters des Pressesekretariats, eines Chefs des Protokolls und eines Verantwortlichen für die Vorbereitung der öffentlichen Äußerungen des Ministerpräsidenten. Das Amt des Regierungschefs, das unter Fradkow und Subkow eher technisch-administrative Bedeutung hatte, wird unter Putin wieder stärker politisiert. Auch die Übernahme des Vorsitzes der Partei »Einiges Russland« ist ein Schritt in diese Richtung. Die Rolle Putins soll für die Bürger

wahrnehmbar, sein hohes Ansehen gesichert bleiben. Das gibt ihm fortdauerndes Gewicht in der politischen Konstruktion der Doppelspitze und dient dabei auch der Legitimation der Tandemkonstruktion in der Öffentlichkeit.

All the President's Men

Die personelle Besetzung der Präsidentialverwaltung und des Kabinetts, die Putin und Medwedew am 12. Mai und an den folgenden Tagen bekanntgaben, demonstrierte politische Kontinuität und zeugte zugleich auch von dem Geschick der beiden Protagonisten im Ausbalancieren der verschiedenen Interessen. Die Regierung blieb im Kern unverändert: die Ressorts Inneres, Auswärtige Politik, Finanzen, Bildung, Katastrophenschutz und die Wirtschaftsministerien, die allerdings teilweise neu geschnitten wurden, blieben in den bewährten Händen. Sergej Sobjanin, der Chef der Präsidentialverwaltung, und Sergej Naryschkin, der Leiter des Regierungsapparats, tauschten die Plätze: Sobjanin ist nun für den Regierungsapparat verantwortlich, Naryschkin übernimmt unter Medwedew die Leitung der Präsidentialadministration. Seine Stellvertreter werden Alexej Gromow und Wladislaw Surkow sein, beide langgediente Mitarbeiter in Putins Apparat, der eine als sein Pressesprecher, der andere als genialer Manager von Wahlen, Parteien und Jugendorganisationen, als Dirigent der Putinschen Wahlerfolge zwischen 2000 und 2008 und als Architekt der »souveränen Demokratie«. Sowohl die Regierung wie die Präsidentialverwaltung verfügen damit über erfahrenes, kompetentes Personal.

Typisch für den rücksichtsvollen Umgang, den Putin auch mit Personen pflegt, die er aufs Abstellgleis schiebt, ist die Ernennung des bisherigen Ministerpräsidenten Viktor Subkow zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und die Sergej Iwanows, der lange als möglicher Präsidentschaftskandidat gehandelt worden war, zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Beide können also ihren Status nahezu

wahren, wenngleich sie keine wirklich maßgeblichen Funktionen mehr ausüben werden. Dies zeugt zwar nicht von bürokratischer Effizienz, wohl aber von den Umgangsformen des inneren Zirkels, in dem niemand fallengelassen wird, solange er nicht gegen die Regeln der »höfischen Gesellschaft« verstoßen hat.

Im Gegensatz zu Subkow und Sergej Iwanow haben die anderen Stellvertretenden Ministerpräsidenten echte Führungsaufgaben, denn sie sind zugleich Minister für Außenwirtschaft, nationale Projekte und Staatsfinanzen. Ein Neuling in der Reihe der Stellvertretenden Ministerpräsidenten ist Igor Setschin, bisher die »graue Eminenz« der *siloviki* im Präsidentialapparat. In seinen Verantwortungsbereich fallen Industrie, Energiewirtschaft, Bodenschätze und Energie. Setschin hat damit eine Schlüsselfunktion zugewiesen bekommen, ist aber nunmehr in die Ministerverantwortung eingebunden.

Putin und Medwedew haben aber nicht nur Setschin umgesetzt und in die Kabinettsdisziplin eingespannt, sie haben die Riege der *siloviki* insgesamt neu aufgestellt. Fast alle Führungsfiguren der Machtapparate wurden ausgetauscht oder versetzt. Diese Versetzungen können als Quittung für die Moskauer Schattenspiele im Herbst 2007 interpretiert werden. Sie führen aber auch zu einer Schwächung der Rolle der *siloviki* in der neuen Administration.

Kontinuität als Chance?

Betrachtet man die Umschichtungen in den politischen Führungsapparaten, so ist der Wille erkennbar, personelle Kontinuität zu wahren, Störfaktoren aber zu entfernen. Der Kern des politischen Kaders bleibt offensichtlich erhalten, und man kann dies auch als Signal verstehen, dass kein Politikwechsel zu erwarten ist. Eine Reihe neu geschaffener Positionen haben anscheinend lediglich die Funktion, Politiker ohne Zukunft symbolisch abzufinden. Etwas komplizierter ist die Lage in den Machtapparaten. Die Entfernung der Chefs des

Inlandsgeheimdiensts FSB und der Anti-drogenbehörde ist wahrscheinlich eine Reaktion auf den halböffentlichen Machtkampf beider. Das Revirement verschafft Medwedew und Putin aber auch die Chance, zwei Führungspositionen konkurrierender Machtapparate neu zu besetzen. Setschin wiederum erhält zwar im Putinschen Kabinett eine verantwortliche Position, wird als Stellvertretender Ministerpräsident aber zugleich zu einer öffentlichen Figur – eine Rolle, der er sich bisher hartnäckig verweigert hat.

Die Umschichtung des Führungspersonals ist bisher ohne erkennbare Konflikte verlaufen. Präsident und Ministerpräsident arbeiten offenbar harmonisch zusammen. Gewiss ist Putin politisch der stärkere Partner in dem neuen Führungsgespann, während Medwedew formal über alle Machtmittel verfügt. Medwedew trägt aber offenbar Putins Bestrebungen mit, dem Ministerpräsidentenamts einen stärker politischen Charakter zu geben. Den Willen zur politischen Gestaltung zeigte der neue Regierungschef gleich nach seiner Bestätigung in der Duma. Nach der kurzen Einführung durch Präsident Medwedew nahm Putin das Wort und formulierte ein Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode. Dies ist für russische Verhältnisse ungewöhnlich – weder Fradkow noch Subkow, Putins Vorgänger, haben etwas Derartiges gewagt. Die Formulierung politischer Ziele ist an sich ein Prärogativ des Präsidenten. Putin aber schöpft die Spielräume seines Amtes aus und erweitert sie, allerdings ohne seine Befugnisse zu überschreiten. So thematisierte er in seiner Antrittsrede nur wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen. Probleme der Außen- und Sicherheitspolitik berührte er nicht und machte damit auch deutlich, dass der Ministerpräsident Putin gewillt ist, sich in den Grenzen seiner von der Verfassung definierten Aufgaben zu bewegen.

Gewiss ist das Nebeneinander von zwei Politikern, von denen der eine politisch, der andere institutionell stark ist, nicht unproblematisch. Hier ist strukturell ein Kon-

flikt angelegt. Ob er tatsächlich ausbrechen wird, hängt von den Intentionen der beiden Hauptpersonen ab. Medwedew ist vorläufig auf Putin angewiesen – er kann sein Amt nur ausfüllen, wenn Putin ihm den Rücken stärkt. Erst wenn seine Position konsolidiert und er in Gesellschaft und Eliten über eigenen (und nicht nur von seinem Vorgänger geliehenen) Rückhalt verfügt, wäre es überhaupt denkbar, dass er den Streit riskiert. Putin wiederum hat vorläufig kein Interesse an der Destabilisierung seines Nachfolgers, den er gerade mit Mühe installiert hat. Dass er sich einer dritten Amtszeit und einer entsprechenden Änderung der Verfassung verweigert hat, weist auch darauf hin, dass er unter gewissen Voraussetzungen bereit ist, auf persönliche Macht zu verzichten. Insofern sollte man den Gedanken zulassen, dass Putin vielleicht gar nicht danach strebt, in einigen Jahren in die Präsidentschaft zurückzukehren. Möglicherweise geht es ihm tatsächlich vor allem um die Stabilisierung des politischen Systems.

Indes kann die aktuelle Kräftekonstellation für Russland durchaus langfristige strukturelle Folgen haben. Die konkrete Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Präsident und Ministerpräsident, die sich bereits jetzt deutlich von der Praxis der letzten 16 Jahre unterscheidet, könnte dauerhafte Konsequenzen für die Fortentwicklung des politischen Systems haben. Das Amt des Ministerpräsidenten könnte an politischem Gewicht gewinnen, und das des Präsidenten zurückdrängen. Eine solche Konkurrenz der Regierungsorgane könnte wiederum dem Parlament Spielraum verschaffen. Allerdings müsste sich die Duma, wenn sie eine solche Situation wirklich nutzen wollte, ein stärkeres politisches Profil erarbeiten.

Der neue Präsident Dmitrij Medwedew muss alles daran setzen, das Vertrauen der Gesellschaft zu gewinnen. Ein Schritt in diese Richtung wäre es, wenn die sogenannten »nationalen Projekte«, durch die im Bereich der Gesundheits- und Bildungspolitik, im Wohnungsbau und in der Land-

wirtschaft eine Besserung der Verhältnisse durchgesetzt werden soll, mit größerer Energie weiterverfolgt würden als bisher. Die Ausweitung dieser Maßnahmen zu einer regelrechten Politik des »New Deal«, die auf soziale Chancengleichheit setzt, würde die Position der neuen Administration sicher stärken und mittelfristig die Gefahr mindern, dass die vorhandenen sozialen Konflikte aufbrechen.

Die Außenpolitik Deutschlands und der EU wird es in Zukunft vor allem mit Präsident Dmitrij Medwedew zu tun haben. Es steht zu erwarten, dass der Ministerpräsident Putin die Kompetenzbereiche respektieren und die Außen- und Sicherheitspolitik ostentativ dem Präsidenten überlassen wird. Das wird ihn gewiss nicht hindern, intern ein Wort mitzureden. Dies und die Kontinuität des Personals wird sicher dazu führen, dass Russland seine bisherige außenpolitische Linie weiterverfolgen wird. Man darf mit einem Stilwechsel rechnen, doch nicht mit einer Aufgabe der bisher eingenommenen Positionen.

Die europäische Politik wird Anknüpfungspunkte am ehesten im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik finden. Will die Medwedew-Administration wirklich die Strukturprobleme Russlands angehen, so ist eine Zusammenarbeit in diesem Bereich denkbar. Beim Wohnungsbau etwa verfügt die Bundesrepublik über reiche Erfahrung und erfolgreiche Modelle. Im Bildungssystem hat die Einbindung Russlands in den Bologna-Prozess schon begonnen und kann vertieft werden. Hier bietet sich eine Vielzahl von Möglichkeiten zum Austausch und zur engen Zusammenarbeit.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364